

Ercheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonnt- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 s., ¼ jährl. 1.50 **1.50**
jährlich 18.00, 1/2 jährl. 9.00
primum frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 **1.65**

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezahbar, kostet
monatlich 10 s., ¼ jährl. 30 s.

Volksblatt

Insertionsgebühr
beträgt für die 6. gewöhnliche
Pettiseile oder deren Raum
15 s., für Wohnungs-,
Bezeins- und Veranlagungs-
anzeigen 10 s.

Inserate für die fällige
Nummer müssen höchstens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7067.

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: **Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Sölibergaffe.**
Telegramm-Adresse: **Volksblatt Halle/Saale.**

Motto: **Für Wahrheit und Recht.**

Nr. 194.

Wittwoch den 21. August 1895.

6. Jahrg.

Partei- und Inseratenwesen.

Aus dem Kreise der Parteigenossen geht dem Vorwärts die folgende Aufschrift zu:

Unbestreitbare Tatsache ist, daß mit dem Aufschwunge unserer Partei- und Presse wächst, auch das reklamebedürftige Publikum seine Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße unseren Blättern zuwendet. Wie bei allen Dingen die materielle Seite die entscheidende Rolle spielt, so auch hier. Zur Zeit, als unsere Blätter noch von geringerem Einfluß in der Öffentlichkeit, ihre Verbreitung nur eine beschränkte, das Inserieren in ihnen also nicht sehr lohnend war, gestattete sich ein großer Teil des annoncierenden Publikums verstoßen oder auch offen Boykott gegen die Inseratenteile unserer Presse. Heute dagegen, wo unsere Presse in bezug auf Verbreitung und Einfluß in der Öffentlichkeit den bürgerlichen Blättern mit geringen Ausnahmen ebenbürtig geworden, ja letztere zu überflügeln beginnt, läßt man mehr und mehr den offenen wie verdeckten Boykott fallen — es verlohnt sich eben heute, in unserer stark verbreiteten Presse Inserate erfolgreich zulassen; das beweist die von Jahr zu Jahr steigende Fälle derselben in unseren Blättern.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß das Inserieren in unserer Presse heute vorläufig geworden ist. Der Vorteil aber ist — es lie, wo es wolle — in der heutigen bürgerlichen Welt Trumpf, und der Boykott gegen Inseratenteile sozialdemokratischer Blätter — so bald er materielle Nachteile bringt oder materielle Vorteile hindert — ein in die Klumpfammer gegenüber Idealismus unserer Gegner.

Ganz so wie auf diese des reklamebedürftigen Publikums das Inserieren Vorteile mit sich bringt, ist aber auch bei einer Zeitung der Annoncenteil der Ort, wo Geschäfte gemacht werden.

Jeder mit dem heutigen Zeitungswesen Vertraute weiß, daß die Ertragsfähigkeit eines Blattes neben einem leidlichen Abonnementstand in erster Linie davon abhängt, daß es über einen umfangreichen Annoncenteil verfügt; erst hierdurch ist ein Zeitungswesen finanziell gesichert, und es größer sich der Annoncenteil und damit die Einnahmen aus demselben mehr, um so leistungsfähiger wird das Blatt sein, um so mehr den Wünschen seines Leserkreises nach jeder Richtung hin entgegen zu können.

Das Gleiche gilt für unsere Parteiblätter. Überall da, wo man aus irgend welchen Gründen nicht über einen einigermaßen genügenden Annoncenteil verfügt, erfordern die Blätter ganz erhebliche Zuschüsse aus der Parteikasse; anders sieht es dort, wo wir einen großen Annoncenteil vorfinden,

wie z. B. bei Vorwärts. Nicht nur, daß hier die Herstellungskosten aus dem Einnahmen gedeckt werden, so liefert ein solches Unternehmen noch ganz ansehnliche Ueberschüsse für die Partei.

Gerade das Anwachsen der Annoncen in unseren Blättern ist es nun, das bei einem Teil unserer Parteigenossen einen Stein des Anstoßes bildet. Man kann aber will hier und da nicht einsehen, warum wir dem reklamebedürftigen Publikum die Spalten unserer Blätter zur Verfügung stellen. Man versteht nicht die Regel dieses oder jenes Inserat heraus und verjocht nachzuweisen, daß dasselbe in einem sozialdemokratischen Blatte keine Aufnahme finden dürfte.

Gewiß gibt es — wie weiter unten angeführt werden soll — eine ganze Anzahl von Anzeigen, die in ein sozialdemokratisches Blatt nicht hineingehören. Das kann aber doch nicht für alle gelten, die bei dem einen oder dem anderen Parteigenossen Anstoß erregen. Wohl sind wir alle davon überzeugt, daß mehr oder weniger einem großen Teile der Anzeigen Widerstand entgegenzubringen ist. Allein wohin sollte es führen, wenn wir bei jedem Inserat streng prüfen wollten, ob es auch nicht geeignet sei, dem einen oder dem anderen Nachteile zu bereiten. Das geht gar nicht. Auch der feinfühligste Annoncenjor würde es doch nicht jedem recht machen können. Aber ist denn dies überhaupt notwendig? Sie stehen denn eigentlich die Dinge? Der Annoncenteil unserer Blätter hat mit dem übrigen Inhalt der selben durchaus nichts zu thun. Es ist aber das notwendige Zubehör eines modernen Zeitungswesens; er ist für unser Parteigenossen bindend, und wie jeder sich den Anzeigen gegenüber verhält, ist seine Sache. Ein Inserat im Vorwärts gilt noch lange nicht als eine Empfehlung an die Parteigenossen, daselbe zu berücksichtigen. Leider bewegen sich die Argumentationen mancher Parteigenossen in dieser Richtung — Argumentationen, auf Grund deren man alle Inserate aus den Parteiblättern entfernen müßte — allerdings bis auf die Verklamüserungen und einwoige Anfindigungen aus unseren offiziellen Parteiverlagen. Stellt man sich aber einmal auf den Standpunkt und sagt: wir dürfen nicht zugeben, daß in unserer Presse für irgend ein Erzeugnis eines Kapitalisten oder dgl. Reklame gemacht wird, — so muß man auch konsequenter bleiben und die Entfernungen aller Inserate mit Rücksicht der oben angeführten Gedanken verlangen, denn mehr oder weniger wurzeln alle in dem heutigen Erwerbsleben und sind auf das heutige Wirtschaftssystem berechnet, und es steht für jeden einigermaßen Denkfähigen fest, daß der Annoncenteil die Absicht verfolgt, durch sein Inserat ein Geschäft zu machen. Wie gesagt, will man auf diese Weise die Inseratenteile unserer Blätter einschränken, so muß man ganze Arbeit thun, nicht halbe; kann fort mit allen Inseraten bis auf die rein in unserem Interesse stehenden.

den viele Parteigenossen so oft übersehen. In dem Maße, wie unsere Partei an Ausdehnung gewinnt, wachsen gleichzeitig die finanziellen Ansprüche an dieselbe. Dieses Wachstum der finanziellen Ansprüche hält aber keineswegs gleichen Schritt mit dem aufgeschwungenen finanziellen Output aus Partei- und Annoncen. Das wird jeder zugeben, der sich die Mühe giebt, die monatlichen Abrechnungen des Parteivorstandes zu prüfen. Es liegt das nicht an dem über jeden Zweifel erhabenen Opfern der Parteigenossen, sondern die allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen ein spärlicheres Fließen der Geldmittel. Es ist dies eine Tatsache, und der gerechnet werden muß. Unsere Partei aber braucht Geld, Geld und wieder Geld, um allen an sie herantrübenden Anforderungen gerecht zu werden zu können.

Gerade der Umstand, daß unsere Presse eine immer größere Ausdehnung gewinnt und damit auch das reklamebedürftige Publikum anzieht, bietet der Partei in finanzieller Hinsicht einen Ausweg. Es ist garnicht einzuwenden, weshalb wir so engbrüsig sein sollten, unsere Gegner — denn der allergrößte Teil der Annerenten sind doch unsere Gegner — gewissermaßen von der finanziellen Unterstützung unserer Partei auszuschließen, wo wir doch auf anderen Gebieten ihre Arbeit für uns zu schätzen wissen. Sind aber unsere Gegner in jeder Beziehung für uns auf getrigem z. Gebiet ununterbrochen tätig, so darf man ihnen „gerechterweise“ es auch nicht verwehren, einen nicht unbedeutenden Teil zu den materiellen Kosten der Partei beizutragen.

Lassen wir also ruhig den Annoncenteil unserer Blätter das sein, was er ist: die geschäftliche Seite eines Zeitungswesens; befreien wir uns von einer Engbrüsigkeit, die uns keinen Vorteil, wohl aber bedeutende Nachteile bringen kann. Wir stehen kämpfend in der heutigen bürgerlichen Welt und müssen uns der Mittel im Kampfe bedienen, die uns diese bietet. Wir sind auf das moderne Zeitungswesen angewiesen und können uns ihm nicht entziehen, ohne uns zu schaden.

Mit vorstehenden Ausführungen soll jedoch durchaus nicht gesagt sein, daß nun all und jedes Inserat Zutritt zu den Spalten unserer Blätter haben soll. Ausnahmen haben bei uns bis jetzt bestanden und müssen auch weiter bestehen. Es darf unter keinen Umständen begünstigt werden, daß Inserate, die gegen Moral und gute Sitten verstoßen, wie wir sie taufendfach in gegenwärtigen Blättern finden, Aufnahme finden. Daselbe gilt für solche, die unseren Prinzipien direkt ins Gesicht schlagen; die im Vorkampfe befindlichen Arbeiter schädigen, wie Arbeitergehalte nach ausgetroffenen Differenzen in irgend einem Betriebe. Auch darf unter keinen Umständen der Name irgend eines Parteiblattes zu Geschäftszwecken in den in ihm enthaltenen Annoncen benutzt werden.

Wenn diese und andere Einschränkungen befolgt werden, so ist jedenfalls dem allgemeinen Wunsch der Parteigenossen Rechnung getragen, und wir können ruhig jedes Wachstum der Annoncenteil der Parteiblätter geschehen lassen, mit dem Bewußtsein, uns nichts vergeben, aber für die Partei eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle offen zu haben.

Wenn diese und andere Einschränkungen befolgt werden, so ist jedenfalls dem allgemeinen Wunsch der Parteigenossen Rechnung getragen, und wir können ruhig jedes Wachstum der Annoncenteil der Parteiblätter geschehen lassen, mit dem Bewußtsein, uns nichts vergeben, aber für die Partei eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle offen zu haben.

43]

Im Exil.

Roman von **Georges Renard**.
Autorisierte Uebersetzung von **Marie Kunert**.

(Nachdruck verboten.)

Ich! Das ist ich! sagte der andere mit einem häßlichen Lächeln. Was trieb Sie denn, die Schwelge so schnell zu verlassen? Aber, entgegnete Rene überaus, die sehr natürliche Sehnsucht, in mein Heim zurückzukehren.

Woh! Es ging Ihnen dort unten doch ganz gut. Sie hätten dort noch einige Jahre bleiben sollen. Das wäre sicherer gewesen, glauben Sie mir.

Dies wurde durchaus nicht dochhaft gesagt. Im Gegenteil, der Ton und Blick, welche diese Worte begleiteten, waren mitleidig. Rene schaute sich dadurch erfaßt und verlegt. Er sah die Enttäuschungen, die Schwierigkeiten, die er bisher nicht gedacht hatte, jetzt deutlicher vor sich; und als er erregung war empfand er, um ruhiger zu werden, das Bedürfnis, sich harmlos die Worte zu wiederholen: Was mit diesem Angeldröppchen! Was versteht er auch davon? Ich müßte mehr als gutmütig sein, wenn ich ihm glauben sollte. Was ein alter Republikan, wie er, nicht wünschen, daß die jungen Republikaner so lange wie möglich außerhalb Frankreichs blieben?

Er schaute den jetzt leeren Tisch von Traurigkeit ab und begann sich zu einem großen Belagerer, für den ihm der Sekretär der Akademie einige empfehlende Worte mitgegeben hatte. In einem Vorsimmer müßte er in Gesellschaft mehrerer Personen, die vor ihm eingetreten waren, eine gute Stunde warten. Endlich wurde er in ein Cabinet geführt, in dem ein wohlbeleibter Herr, der eine Stille trug, an einem Tische, der mit Manuskrripten, Briefen,zetteln, Stenogramm, reich von der Presse genommenen Büchern bedeckt war, saß und schrieb.

Sagen Sie mir Ihre Angelegenheiten auseinander, ich höre, sagte der wohlbeleibte Herr, ohne sich zu unterbrechen oder auch nur den Kopf zu heben.

Rene sagte, daß er einen von der Akademie für Wissenschaften und Politik präparierten Roman zu veröffentlichen wünsche.

Ich weiß, wieviel Seiten?
Ungefähr dreihundert.

Wieviel Exemplare?

Zweihundert.
Das kostet Sie achthundert Franken.

Rene sprang auf. Er glaubte, sich verhöhnt zu haben. Ich verlese nicht, sagte er, und sagte langsam.
Der Mann warf ihm über seine Brillengläser hinweg einen durchdringenden Blick zu und sagte langsam:
Sie werden uns dafür achthundert Franken zu zahlen haben. Sie glauben doch nicht, daß wir sie auf unsere Kosten drucken werden?

Rene, der niedergebrottet dahof, kam sich diesem Herrn gegenüber, der ihm von oben herab behandelte, wie ein Schuljunge vor. Hörend bemerkte er, daß dies gerade sein Wunsch gewesen sei. Der andere warf sich in sein Fauteuil zurück und rief mit etwas beschämtem Lächeln:

Ich! mein geschätzter Herr, wofür halten Sie uns denn? Sind Sie berühmte? Reiben Sie Jola. Daubert? Können Sie mir garantieren, daß Ihr Buch gut gefaßt werden wird? Sie werden mir sagen, daß es präpariert ist. Das ist ganz schön! Aber was hat den heutzutage noch keinen Roman geschrieben, der nicht von irgendeinem Akademiepräsidenten worden ist? Ohne zu rechnen — nehmen Sie es nicht übel — daß der Name eines Autors, der aus dem Exil zurückkehrt, nicht geeignet ist, das Publikum anzulocken. Warum treffen wir unsere Vorrichtungsregeln. Sie werden einen Teil unserer Kosten decken. Wir stellen Ihnen dafür unseren Kundenpreis und unsere Beziehungen im Handel und in der Presse zur Verfügung. Sie haben die Ehre, in unseren Katalogen neben den berühmtesten Autoren zu stehen. Wir bewilligen Ihnen außerdem fünfzig Centimes pro Exemplar, sobald Ihr Buch verfaßt sind. ... Und dann thun wir dies auch nur, weil Sie uns empfohlen worden sind. Überlegen Sie es sich gefälligst. Mehr können wir nicht thun. Sie können thun oder lassen, was Sie wollen. Sie sind frei.

Nachdem der große Mann dies gesagt hatte, vertiefte er sich wieder in die Papiere, die seinen Schreibtisch bedeckten.

Rene hat um einige Tage Bedenkzeit.

Wie es Ihnen beliebt! wurde ihm geantwortet und er durch einen Wink der Hand, den Gruß großer Herren kleinen Leuten gegenüber, verabschiedete.

Er war demüthigt, enttäuscht, ärgerlich.

Als sprach er bei sich, nach jähem Pfeifeln von dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit, diese Beziehungen zwischen Belagerer

und Autor! Dem einen das Talent und die Arbeit, dem anderen das Geld und folglich auch der Profit. Aber warum sich hängen lassen? Ich bin frei ... leider, frei wie der Arbeiter, der keinen Lohn mehr hat und dem es frei bleibt, zu vertugeln, wenn er die drakonischen Bedingungen des Arbeitgebers zurückweist.

Er erachtete sein Unglück seiner Mutter, die ihre Entrüstung darüber laut äußerte, es auch Lucien, der ihm antwortete, daß dies üblich ist und daß ein Anfänger die Herausgabe seines ersten Werkes bezahlen müsse. Er schrieb nunmehr an andere Belagerer, die ihm ähnliche Bedingungen stellten oder überhaupt nicht gerührten, ihm zu antworten. Rene wollte aber an jeden Preis sein Werk der Öffentlichkeit übergeben und entschloß sich, die achthundert Franken zu opfern, die von ihm verlangt wurden und die zwei Monate der Unabhängigkeit für ihn bedeuten würden.

Als er um dem großen Manne, dem Belagerer zurückkehrte, gab ihm wieder, durch den Gedanten an das hoffnungs erwerbene Manuskrift wieder gestimmt, mit herablassender Güte mit einigen praktischen Rathschlägen.

Sie wollen sich der Literatur widmen, sagte er. Ich kann Ihnen nicht genug wiederholen, das Sacrum nicht, aufbört, den jungen Leuten, die auf das Theater gehen wollen, zu preigen: Ihr müßt Ged haben, Kinder, Ihr müßt Ged haben! Man muß den Erfolg abwarten können.

Rene dankte, verabschiedete, gab die diesen angegebenen Rat bei nächster Gelegenheit befolgen werde und ging voll Bitterkeit fort. Eine nette Gesellschaft war es doch, in der man den Jünglingen nichts anderes zu sagen wollte, als: Ihr müßt Ged haben! Das ist das wahre Mittel, um vorwärts zu kommen.

Als er traurig gestimmt nach Hause kam, trichtete seine Mutter ihm ein zusammengefaßtes, geheiligtes Schreiben, das an seine Adresse gekommen war.

Das kommt von dem „Nat des Adolettantenbes“, sagte sie. Gewiß ist es die offizielle Benachrichtigung, daß Du in die Liste der Bärer Heiltsamwarte wieder eingetragen bist. Der drei Wochen hast Du Dein Gehalt eingezahlt. Sie haben sich mit der Antwort Zeit gelassen.

Rene empfand eine Regung der Freude. Er sollte also in die Saalbank wieder eintreten, in der er vorwärts kommen konnte, ohne daß man von ihm verlangte, daß er Brodelstein oder Staatspapiere besaß.

Ergebnisse.

Das Urteil im Weidenprojekte gegen Schröder und Genossen wird von allen, die den Verhandlungsbericht aufmerksam gelesen haben, mit größtem Erfolge aufgenommen werden und in der Arbeiterkreise die tiefe Erbitterung, die über unsere Rechtsverhältnisse sich heftig, noch vermehren. Man erwäge: In der ersten Verhandlung beantragt der Staatsanwalt die Inhaftnahme Schröders und einiger Genossen; der Vorlesende des Gerichts lehnt jedoch das Verlangen ab, da kein genügender Grund vorhanden sei. Nun verfiel der Staatsanwalt die Inhaftnahme auf eigene Faust. Den zuerst in Haft Genommenen folgen andere, und endlich wird der Schmutzgerichts-Apparat in Bewegung gesetzt. Wir erwarten von der Klaffenjustiz im Klassenstaate wahrlich nicht viel; denn zu häufig sind schon Urteile gefällt worden, bei denen der Verstand kaum stillstehen bleiben. Aber trotz allem — und wie uns, so wird es unzähligen Tausenden ergehen sein — glaubte man fast mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß der Offener Prozeß in einer Freisprechung der Angeklagten enden werde. Es ist anders gekommen. General-Müller hat gesagt, derselbe Richter, dem noch am zweiten Verhandlungstage noch gemieteten wurde, die Bestimmung des einen Rechtsanwaltes nachgemieteten wurde. 18. Jahre Justizämter sind verhängt worden wegen der verschiedenartigen Darstellung eines geringen Vorganges, der vielleicht zwei, drei Minuten im Anspruch genommen, unter allgemeiner Erregung sich abgeheilt hat und schon viele Monate zurückliegt. Anklage stand gegen Anklage. Die einen stellten den Vorfall so dar, die anderen anders; jeder, wie sich das Vorkommnis im Laufe der Zeit und infolge der Ansprache mit anderen Vernehmlichungs-Verhandlungen in seinem Gedächtnis schließt hat. Vier der Angeklagten haben ihre Aussagen widerrufen. Sie möchten sich erinnern, daß im Reichstaate Deutschland den Anklagen eines Generalarmes mehr Glaubwürdigkeit beigemessen wird — selbst wenn es ein Mütter ist — als den Anklagen von einem Tugend Arbeiter. Magdeburg in zweiter Auflage! Aber auch Staatsanwalt Könen in zweiter Auflage! Wie aus dem Spezialbericht in vorliegender Nummer ersichtlich ist, glaubte der Staatsanwalt den eidlichen Zeugenaussagen der „christlichen“ Vergleiche mehr Gewicht beizulegen zu sollen, als denen der sozialdemokratischen Kollegen. Der Staatsanwalt mag sich doch daran erinnern, daß nach dem jährlichen Durchschnitte von 1882-91 im christlich-frommen Preußen 66 Weibchen geschworen worden sind (auf je 1 Million Strafmündige Einwohner), in Westpreußen 49, in bigotten Polen 48, im glaubensstarken rechtsrheinischen Bayern 39, dagegen in dem von der Sozialdemokratie durchführten Berlin nur 12 auf je 1 Million Strafmündige Einwohner, in Hamburg 13, in Sachsen 16. Doch wozu diese Zahlen! Jeder Arbeiter wird empfinden, was er von dem Prozesse zu halten hat. Es wird Revision gegen das Urteil eingeleitet werden; Revisionsgründe dürften genug vorhanden sein. Vielleicht hebt das Reichsgericht das Urteil auf und weist die Verhandlung einem anderen Gerichte zu, vielleicht nicht. Mag es kommen, wie es wolle. Aber ja! wird sich heute als feststehend ausgeprochen werden: diejenigen, welche hoffen, durch die Verurteilung der Angeklagten werde die sozialdemokratische Bewegung unter den rheinischen Bergarbeitern erschrecken, werden sich geäußert sehen. Die Entwidlung schreitet vorwärts trotz Mütter und Müttergenossen!

Das neueste Millionengeld an die Agrarier soll, wie wir bereits berichteten, darin bestehen, daß die Provinzialämter den fürs Heerwesen erforderlichen Roggen und Hafer nicht zum Marktwerte einkaufen dürfen, sondern das Getreide soll den Grundbesitzern direkt zu den Produktionskosten abgelauft werden, also um 5-10 M. pro Doppelzentner teurer als der Marktwert liegt. Denn zu den „Produktionskosten“ rechnen die agrarischen Zimmerleute allerlei, was nicht dazu gehört. Das Organ des Bundes der Landwirte rechnet selbst die Viebesgabe auf 15 Mill. Mark aus, und hat in der neuesten Nummer des Blattes die Zugabe, den Staundesold, den die Agrarier für sich beanspruchen, auf **6 Mar** pro Doppelzentner angegeben. So viel soll der Militärzins mehr zahlen als der höchste Tagespreis auf dem Getreidemarkt ist. Wenn also der Brigademann den Doppelzentner Roggen für 11 M. bekommt, soll das Reich dem „Vorlesenden“ 17 M. bezahlen. Damit aber das Geschäft für den Großgrundbesitz so aussieht, wie möglich ist, soll, so wird weiter verlangt, der Militärzins sofort aufkaufen, was er braucht. Zwar wären dazu Kornspeicher im Werte von 4-5 Mill. M. nötig, aber das sei doch nur eine Kleinigkeit. In diesem Still geht weiter.

In demselben Organ, in welchem das **Sachsische** Gesichtsreframent wird, findet sich folgender Satz: Die parlamentarischen Vertreter der Landwirtschaft werden die Maßregeln zu deren Erlangung in der nächsten Session mit den Maßnahmen der Verfassung erzwingen — oder sie werden nicht mehr sein.

Nun, das deutsche Volk wird dafür zu sorgen haben, daß diese gefestigten Haufen, nicht mehr sein werden.“

Kanonensutter. Die fromme Kreuzzeit hat mit anerkannter Offenheit ausgesprochen, um was es sich in ihrer konfessionellen Fremden handelt, wenn sie der „Erhaltung des Mittelstandes“ das Wort reden. Der Mittelstand, d. h. den Bauer und den kleinen Handwerker brauche man, so schreibt das Blatt, als „Erhaltungsmaterial“ an Menschen“ für die Armeen vor allem. Deshalb dürfe Deutschland kein Industriestaat werden. Was es mit der „Erhaltung der Bauern“ durch die konfessionellen Parteien auf sich hat, konnte schon wiederholt und hinreichend erläutert werden. Wir dem konfessionellen Interesse um den „kleinen Handwerker“, den die Agrarier durch Verfügungsmaßregeln und andere mittelalterliche Schranken wirtschaftlich binden wollen, den sie durch das ihnen hochgehaltene Christentumspöhlerei politisch beherrschen, denn die Lebensmittel durch möglichst hohe Getreidepreise und andere Bölle, durch Zuckerprämiaten immer mehr verteuern möchten, ist es nicht besser bestellt. Während das Organ des „Bundes der Landwirte“ in seinem Bauerfreundlicheitsartikel vor der Ueberführung der Unterteligen warnte

— wozu brauchen auch die Bauerndeckeln dergleichen, wenn die Jucker nur das einjährige Zeugnis erwerben! — gefällt der Kreuzzeit, an dem ihr geeignet erscheinenden „Erhaltungsmaterial“ hauptsächlich dessen Bedürfnislosigkeit. Das Blatt schreibt:

In der materiellen Kraft, welche der Mittelstand dem Reiche liefert, ist eine andere wertvolle Eigenschaft hinzu: die Bedürfnislosigkeit. Der deutsche Landmann und der kleine Handwerker leben im allgemeinen sparlich und anspruchslos. Die Gemüthe der großen Städte sind ihnen teils unbekannt, teils unerschütterlich, und wenn der Mittelstand auch nicht gerade dazwischen ist, er doch an gelegentlichen Entbehrungen gewöhnt und trägt sie ohne Beschwerde. Hier liegt vom militärischen Standpunkt aus ein großer Vorteil gegenüber dem Industriearbeiter der Großstadt, der auf demselben Bildungsniveau stehend, an mehr Gemüthe gewöhnt ist, je leichter betrieblen kann, sie also auch im Reiche innerlich vernichtet.

Also der Mittelstand trägt gelegentliche Entbehrungen ohne Beschwerde, und diese „wertvolle Eigenschaft“ muß er sich erhalten. Allerdings, was dem Mittelstand und dem kleinen Mann jagt, daß auch ihm für seine angestrenzte Arbeit ein größerer Anteil an den Gütern dieser Erde zu gönnen sei, der „reißt“ die „Begehrtheit“ der Massen; gegen den wüthigen die reaktionären Parteien „Umsturz“, Geheiß und andere berühmte Maßregeln. Warum predigt die Kreuzzeit nicht Einfachheit und Entbehrungslust den ihr näher stehenden Agrariern, deren „Standesgemäßer Unterhalt“ zweifellos Hunderttausende verlohnt, für die sie dann als Krieg den Staat um Weiskeln angehen?

Was ist Rechts in Bremen? Wir teilen kürzlich eine Entscheidung des preussischen Obergerichtes mit, wonach politische Vereine gefällige Festlichkeiten mit Frauen und Kindern nicht veranstalten dürfen. Die Deutsche Tageszeitung erklärt, daß auch ihr die Entscheidung des Obergerichtes „außerordentlich bedenklich“ ersehe. Gerade jetzt rüsten sich allerorten auch politische Vereine, die Gedächtnis des großen Krieges in geistlicher Weihe mit Weib und Kind zu feiern, um in den letzten Wochen haben Familien und Kinderfeste politischer Vereine allerorten stattgefunden. Wenn die oberverwaltungsgerichtliche Entscheidung bestehen bleibt und politische Vereine, gleichviel welcher Art, trotzdem unbeanstandet Familienfeste und gefällige Feiern veranstalten, so muß das auf jeden den Eindruck der Ungleichheit machen. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß dieser Eindruck in irgend welcher Weise gehindert und die Entscheidung des Obergerichtes möglichst weitgehend beseitigt werden kann.

Da giebt's nun allerdings nichts zu berichten. Die Entscheidung ist verbindlich. Es werde daher, meint die Volkszeitung, dem Minister des Innern nichts Anderes übrig bleiben, als die ihm nachgeordneten Behörden anzuweisen, streng nach der nun einmal zu Recht bestehenden Entscheidung des Obergerichtes vorzugehen, ohne Veranlassung politischer Vereine mit Frauen und Kindern zu dulden, ohne Unterschied der Partei natürlich. So lange aber für einzelne Polizeibehörden die Entscheidung des Obergerichtes nicht vorhanden zu sein scheint, so lange namentlich verschiedene Parteien gegenüber eine verschiedene Handhabung des Vereinsgesetzes beobachtet wird, so lange tragen die Behörden selbst zur Verwirrung der Rechtsbegriffe bei, so lange müssen sie notwendigerweise das Ansehen der staatlichen Autorität untergraben.

Der Trompeter von Gravelotte. „Sie haben Tod und Verderben geüpft, wir haben es nicht gelitten.“ So hebt Freiligraths Sang vom Trompeter von Gravelotte an und jedes Mittelblatt drückt die Verse dieser Sage ab, um von seinem patriotischen Wohlwollen Zeugnis abzulegen. Ob aber auch nur einer der Rekrutanten, welche während dieses Liebes Jahres, des Trompeters Vorkampf von den Halberstädter Kürassieren gekant? Jedn Jahre nach Gravelotte die Gartenlaube für eben denselben Vorkampf gebettet, damit der inzwischen schwindlich geborene arme Teufel nicht verkümmere. Das dantbare Vaterland, das den ordensbesitzenden Generalen Hunderttausende hinauswarf, muß also für die einfachen Trompeter nicht viel übrig gehabt haben. Möglicherweise wäre der bejungende Feld leud am Wege verlorien, wenn sich nicht irgend ein Gutsbesitzer in Sedan, der sichgenom den Patriotismus nicht allein im Munde führt, das Armen angenommen hätte.

Königlich-preussische Sozialreform. Die Zeitungen melden: „Zum Unheil der Schachsfelder und Kriegergräber des deutsch-französischen Krieges sind verschiedene Arbeiter der Spandauer Militärwerkstätten, die an dem Feldzug teilgenommen haben, nach dem Abschluß der Expedition von seiner Direktion für diesen Zweck eine Unterstützung von 75 und 100 M. erhalten.“ Wäre es für den Staat der Sozialreform nicht ehrenvoller gewesen, wenn er a. B. dem ausbebeutungswütigen Unternehmer ein besseres Beispiel in der Arbeiterbehandlung gegeben hätte, als er gethan und in der Konjunkturfabrik, wie in der Munitionsfabrik zu Spandau, trotz der durch § 137 der Gewerbeordnung veranlaßten Einschränkung der Arbeitszeit um ein Zwanzigstel die Löhne nicht genau in diesem Maße herabgesetzt, sondern sie auf der alten Höhe gehalten hätte?

Die Grundsteinlegung für das Denkmal Wilhelm I. ist am Sonntag in Berlin unter großem Gepränge vor sich gegangen. Der Kaiser hielt dabei eine Ansprache an die alten Soldaten und sagte dabei u. a.:

Folgt den Ermahnungen, welche die Feldprediger an Euch richtigen, wird in eurer Blüthezeitung und Guteschrift für das Vaterland des Besten weiter und treuer auch den Umständen entgegenzutreten, welche unsere Arbeit erschweren.

Begren die Justizarbeit wird von den Interessenten der Strumpfwaren-Fabrikation eine lebhafteste Agitation entfaltet. Um das Verbot der Justizarbeit in der Strumpfwaren-Fabrikation hatten im vorigen Jahre die stützigen Strider und Striderinnen durch eine Eingabe an den Reichstag erucht. Die Reichstagskommission hat diese Petition, die auch die Unterstützung der selbständigen Fabrikanten fand, mit der Begründung abgewiesen, daß die Regelung der Justizarbeit Sache der Einzelstaaten sei. Infolgedessen wollen nunmehr die vereinigten Fabrikanten und Arbeiter der Strickerbranche eine Aktion gegen die Justizarbeit in Szene setzen und Eingaben an den Reichstag,

den Bundesrat und an die Volksvertretungen sämtlicher Bundesstaaten abgeben.

Alergeris erregend. Aus Darmstadt wird der Frankl. Ztg. geschrieben: Die Stadt prangt zu der Erneuerung des reichsten Festsumme. Angewendet sind viele tausende von Betanern. Die hiesigen Sozialdemokraten forderten in demonstrativer Weise für morgen zu einem Ballausflug auf. Die Polizei ernterte die Maß Alergeris der Bevölkerung wie der Festplatz erregenden Plakate und verbot für die Dauer des Festes alle sozialdemokratischen Versammlungen und Ausflüge. — Nun ist die hiesige Sozialdemokratie mauert.

Aus einer Irrenanstalt. In der letzten Sitzung des Gemeinderats machte der Bürgermeister von Altenahr Mitteilung von einem Schreiben des Landesdirektors der Rheinprovinz, worin die Gemeinde Altenahr aufgefordert wurde, ein Kind, das eine gefesselt Frauensperson aus Altenahr bei Altenahr im März d. J. in der Irrenanstalt St. Thomas bei Andernach geboren hat, abholen und verpflegen zu lassen. Zu bemerken ist, daß die Gefesselt seit 7 Jahren in der Anstalt befindet. Der Gemeinderat hat die Forderung abgelehnt, da es Sache der Behörde sei, hier einzugreifen. Ob der Schuldieb — die Geburt fällt in den März d. J. — inzwischen ermittelt und zur Verantwortung gezogen worden ist, davon ist bis jetzt noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Mariberg über! Die Saates-Ztg. berichtet über eine Angelegenheit, die, wenn die Schmäderung der Thatsachen entspricht, beweist, daß niemand vor dem Brennebaue sicher ist, wenn nicht das Feuerrecht namentlich reichsgesetzlich eingeführt werde. Insofern ein richterliches Untersuchungsverfahren eingeführt werde. Nach dem Bericht wurde eine Frau Baumeister W., eine in Berlin lebende Dame, im Jahre 1888 gegen den Willen ihres Sohnes, der als Kammergerichtsreferendar ebenfalls in Berlin lebte, und gegen den Protest anderer Angehörigen in die städtische Irrenanstalt zu D. übergeführt. Diese Ueberführung geschah nach inneren Familienverhältnissen hauptsächlich auf Betreiben der Schwester der Dame, die nach dem Vermögen des Vaters stehend, in ihrem Vorgehen durch einen Geheimen Oberfinanzrat a. D. und durch den seinerzeit vielgenannten Hofrat a. D. W. unterstützt wurde. Der erwähnte Finanzrat lud an einem Weihnachtsfeierstage die beiden Töchter der Frau Baumeister in seine Familie ein und befehlt sie dort, und die Mutter in Angst um ihre Töchter einige Tage darauf am späten Abend in Aufregung zum Polizeipräsidium und von dort nach dem zuständigen Polizeireviere elite und in Seelenangst nach ihren Kindern richt, wurde sie von dem Vorksteher des Reviers sofort stifiziert, in später Nachtunde noch von dem hinzugezogenen Kreisphysikus infolge ihrer hochgradigen Aufregung, weil sie beim Verlassen der Wohnung die Lampe hatte brennen lassen und aus anderen ungewöhnlichen Umständen für gemeingefährlich geisteskrank erklärt und fortgeschafft. Wie später bekannt wurde, hatte das Polizeireviere bereits längere Zeit vorher von den Verwandten und einigen sehr hochstehenden Persönlichkeiten den Auftrag erhalten, die Dame zu beobachten. Trotz mehrfacher Anträge eines Teils der Angehörigen wurde die Dame der Freiheit nicht zurückgegeben, sondern erst ein Jahr später auf Betreiben der Freunde des Sohnes, eines Amtsgerichtsrats von B., sowie des Geheimen Oberregierungsrats Dr. E. befreit, aber ein halbes Jahr später auf Betreiben ihrer Schwester von neuem der Irrenanstalt überwiesen, wiederum gegen den Protest des Sohnes, dessen sämtliche Schritte zur Befreiung der geliebten Mutter erfolglos waren. So, als im Jahre 1892 ein hochstehender Arzt, der Generalarzt und Leibarzt von W., die Dame besuchen wollte, hatte er große Mühe, vorgefallen zu werden, und sowohl seine Bemühungen, wie die des eigenen Vaters der Dame, eines Rentners W., blieben erfolglos, vielmehr wurde auf direkte Veranlassung der Irrenanstalt das Entbindungungsverfahren trotz des Widerspruches des Vaters und des Sohnes zu ungunsten der Dame erletigt. Inzwischen wurde der Vater der in der Irrenanstalt insafittierten und entmündigten Frau Baumeister befreit, zu gunsten der Schwester eine Zeamsänderung vorzunehmen, in der letztere als Unteralehrin eingestellt wurde. Alle Proteste des Sohnes blieben vergeblich, und erst jüngst sind Verhandlungen über die Freilassung eingeleitet worden. In der Zwischenzeit wurde auch der Sohn der Frau Baumeister in eine Irrenanstalt gebracht und konnte erst nach zweimonatlichem Aufenthalt von seinen Freunden befreit werden. Als er im Jahre 1892 in das Entbindungungsverfahren zu gunsten seiner Mutter eintritt, wurde er zum zeitweiligen auf Grund eines Attestes des Hausarztes von seiner Tante in die Irrenanstalt zu Ue. gebracht, wo er in einer fast unmöglichen Umgebung zwei Jahre bleiben mußte, obgleich die Ärzte wiederholt erklärt, daß zu seiner Internierung kein Grund vorliege. Die Irrenanstalt zu D. will jetzt die Mutter entlassen, verlangt aber den Nachweis genügender Existenzmittel, die der Sohn nicht besitzt, da er in größter pekuniärer Abhängigkeit gehalten wird. Die gelegentlich verpflichteten Angehörigen aber, die nach einem früheren Vermögensatteste eine jährliche Unterstützung von 4-6000 M. nach ihrem bedeutenden Vermögen leisten könnten, wollen jetzt plötzlich so wenig bemittelt sein, daß sie seiner Mutter gegenüber ihre gelegentliche Unterstützungspflicht behufs Befreiung aus der Irrenanstalt nach jeder Richtung hin verweigern.

Ausland.

Frankreich. Wie der Temps meldet, sind von den für Ruba einberufenen Referenten aus den Provinzen Barcelona und Gerona 600 nach Frankreich entflohen und suchen in den Fabriken von Perpignan Arbeit.

Italien. Die arbeitslosen Schmelzgrubenarbeiter in Celena suchen dem Hungertode durch Auswanderung zu entfliehen. Der erste Auswandererzug, 500 Köpfe stark, ist auf dem Wege über Genoa nach Amerika. — Die Ersatzzahl im 5. Mailänder Bezirk, dem die Wahl des Genossen Darbato kassiert wurde, findet am 1. September statt. Dr. Nicola Barbato, im Gefängnis zu Pallanza schmachtend, hat bis jetzt keinen Gegenkandidaten.



